



JAHRESBERICHT

des Deutschen Exekutivdirektors
bei der Weltbankgruppe

Geschäftsjahr 2017

www.worldbank.org/eds05

Inhaltsverzeichnis

1.	Das Geschäftsjahr 2017	1
	Überblick des Deutschen Exekutivdirektors Jürgen Zattler	
2.	Schwerpunkte aus der Arbeit des Büros des Deutschen Exekutivdirektors	5
2.1	Jahrestagung 2016	5
2.2	Frühjahrstagung 2017	8
3.	Die inhaltlichen Schwerpunkte des Geschäftsjahrs im Einzelnen	11
3.1	Humanitäre Krisen, Flucht und Migration	11
3.2	Klimawandel	13
3.3	Implementierung der neuen Umwelt- und Sozialstandards	16
3.4	Wiederauffüllungsverhandlungen der Internationalen Entwicklungsorganisation (International Development Association / IDA18)	18
3.5	Zusammenarbeit mit anderen multilateralen (Entwicklungs-) Banken	18
3.6	Deutsches Personal in der Weltbankgruppe	19
3.7	Das Geschäftsjahr 2017 der Weltbankgruppe in Zahlen	21
3.8	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (<i>International Bank for Reconstruction and Development / IBRD</i>)	24
	Internationale Entwicklungsorganisation (<i>International Development Association / IDA</i>)	24
3.9	Internationale Finanz-Corporation (<i>International Finance Corporation / IFC</i>)	28
3.10	Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (<i>Multilateral Investment Guarantee Agency / MIGA</i>)	31
	Sitzordnung und Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums	34
	Mitarbeiter/-innen des Büros des Deutschen Exekutivdirektors	36

1. Das Geschäftsjahr 2017



Auf der Jahrestagung 2016 hatten die Gouverneure den Kurs (*Forward Look*) für eine weitere Stärkung der Bank vereinbart – *Better & Bigger Bank*. Zwei wichtige zukunftsweisende Orientierungen möchte ich dazu nennen: Die Weltbankgruppe (WBG) soll ihre Rolle bei der Bereitstellung öffentlicher Güter – unter anderem Klimaschutz, Flucht, Krisen – ausbauen und sich darüber hinaus zu einer Institution wandeln, die verstärkt Ressourcen des Privatsektors für die Entwicklung mobilisiert.

Beide Neuorientierungen spiegeln sich auch prominent in der im Dezember 2016 abgeschlossenen 18. Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (*International Development Association / IDA*), der WBG-Institution für die ärmsten Länder (die keine IBRD-Kredite erhalten), wider, in der ich für die Bundesregierung die Verhandlungen geführt habe. So wurde bei dieser 18. Wiederauffüllung (IDA18) ein spezielles Fenster zur Unterstützung des Privatsektors eingerichtet sowie auch ein *Refugee Window*, das Ländern hilft, die stark von Fluchtbewegungen betroffen sind. Es sind arme Länder wie Äthiopien und Uganda, welche einen Großteil der derzeit 65 Millionen internen und externen Vertriebenen aufnehmen.

In den letzten Monaten wurde dann die Reform der Internationalen Finanz-Corporation (*International Finance Corporation / IFC*), des Privatsektorarms der WBG, eingeleitet. Die IFC wurde bisher häufig kritisiert, unter anderem wegen der Verletzung von Umwelt- und Sozialstandards. Es wurde nun beschlossen, ein neues System einzuführen, mit dem sich die Entwicklungswirkung der Projekte messen und kontrollieren lässt. Insbesondere geht es darum, inwieweit die Projekte helfen, Märkte zu schaffen, zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien. Dieser Ansatz, auch bezeichnet als *Making Markets*, soll private Investitionen da mobilisieren, wo sie bisher zum Beispiel aufgrund von zu hoher Unsicherheit nicht zustande kommen. Dabei ist wichtig: Nicht in jedem Fall sind Privatinvestitionen die beste Lösung. Es geht immer um eine Abwägung zwischen privaten und öffentlichen Lösungen sowie um die Frage, wie beides am besten ineinandergreift.

Damit sich die Weltbankgruppe verstärkt engagieren kann, insbesondere beim Klimaschutz, bei der Krisenprävention und -reaktion sowie in Afrika und in fragilen Staaten, braucht sie ausreichend Kapital. Jedoch wird die Kapitaldecke zunehmend kürzer. Bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (*International Bank for Reconstruction and Development / IBRD*), dem Teil der Weltbank, der Kredite an Mitteleinkommensländer vergibt, werden in den nächsten Jahren die Ausleihungen massiv zurückgehen. Viele der Partnerländer werden mehr Geld an die Bank zurückzahlen, als sie von ihr erhalten. Deshalb hat man sich vor zwei Jahren auf einen Fahrplan geeinigt, der verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalbasis beinhalten soll, unter anderem eine Kapitalerhöhung. Dieser Fahrplan ist jedoch durch die noch unentschiedene Haltung der neuen US-Regierung zur Weltbank sowie zur multilateralen Zusammenarbeit allgemein derzeit gefährdet. Die Mehrheit der Anteilseigner möchte dazu bald Entscheidungen treffen, aber vor allem die USA als der mit Abstand größte Anteilseigner haben um mehr Zeit gebeten. Wir hoffen also, dass wir auf der Frühjahrstagung 2018 diese Entscheidungen treffen können.

Dies zeigt auch, dass sich die Welt im Umbruch befindet. Die Zeiten, in denen die USA mehr oder weniger deutlich die Richtung vorgaben, sind vorbei. Es ist noch unklar, wie dieses *Leadership Gap* ausgefüllt werden wird. Für Europa und Deutschland ergibt sich die Möglichkeit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Dies würde nicht nur bedeuten, mehr Finanzmittel zu investieren; es bedürfte auch noch mehr Soft Power: unsere Standpunkte analytisch untermauern, Dialoge initiieren, Kooperationen und Allianzen aufbauen. In diesem Sinne muss als erster Schritt die Zusammenarbeit innerhalb der EU intensiviert werden – auch um sicherzustellen, dass europäische Anliegen, wie zum Beispiel die Stabilisierung von Krisenländern, von der Weltbank entsprechend aufgegriffen werden. Das deutsche Exekutivbüro hat begonnen, dies in die Wege zu leiten.

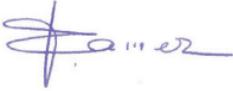
Die Weltbank ist für Deutschland vor allem deshalb ein unabdingbarer Partner, weil sie aufgrund ihrer Finanzkraft, ihrer Expertise und Erfahrungsbasis sowie ihrer Legitimität als internationale Organisation sehr effizient Strukturen verändern und eine Transformation in die Wege leiten kann. Dies bezieht sich zum einen auf die Politiken der Partnerländer, zum Beispiel durch die Rückführung von Erdölsubventionen oder die Einführung von nationalen Arbeitsschutzstandards. Es bezieht sich zum anderen auf die internationalen Rahmenbedingungen: Unter- und Mangelernährung können nur überwunden werden, wenn globale agroindustrielle Strukturen dies nicht unterlaufen; nationale Steuereinnahmen können nur gesteigert werden, wenn Entwicklungsländer in die internationale Steuerkooperation und die grenzübergreifende Bekämpfung von Steuerhinterziehung einbezogen werden.

In diesem Sinne setzt sich das deutsche Exekutivbüro für eine Stärkung der Weltbankgruppe ein. Dabei stellen sich aktuell vor allem die folgenden Herausforderungen:

- (a) Afrika – Als deutsches Exekutivbüro sind wir sehr zufrieden, wie die Weltbank die deutsche G20-Präsidentschaft unterstützt hat. Sie hat in Rekordzeit die deutsch-amerikanische Initiative *Women Entrepreneurs Finance Initiative* auf den Weg gebracht. Vor allem aber hat sie zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Afrikanischen Entwicklungsbank (*African Development Bank / AfDB*) die deutsche G20-Initiative *Compact with Africa (G20-CwA)* vorangetrieben, zum Beispiel mit dem *Hamburg Action Plan*, der gemeinsame Prinzipien für die Einbindung des Privatsektors definiert. Im Kern geht es darum, die Volkswirtschaften der afrikanischen Länder aufzubauen, Arbeitsplätze zu schaffen und mithin Perspektiven zu bieten. Ob die Afrika-Initiative der G20 Erfolg haben wird, hängt auch von der Weltbank ab. Dort wird eine Reihe von Instrumenten geplant: *Private Sector Diagnostics* in den Reformländern, der Aufbau von afrikanischen *Think Tanks* zur Begleitung des *Compact*-Prozesses, ein stärkeres quantitatives, aber auch qualitatives Engagement der IFC sowie die Anwendung des *Cascade*-Ansatzes, um ein besseres Zusammenwirken von öffentlichem und privatem Sektor zu erreichen.
- (b) Klimaschutz – Die internationale Staatengemeinschaft hat der Weltbank bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens eine wichtige Rolle zuerkannt. Dies wird nun durch den Politikwandel in den USA sehr erschwert. Insbesondere ist eine Kapitalerhöhung vertagt, die vor allem zu diesem Zweck hätte genutzt werden sollen. Wir arbeiten mit dem Management der Weltbank sowie anderen Ländern zusammen, um die Klimaagenda trotzdem voranzutreiben, zum Beispiel durch die Einführung eines Weltbank-internen CO₂-Preises und durch die systematische Unterstützung der nationalen Klimaprogramme (*Nationally Determined Contributions / NDCs*).
- (c) Krisenprävention und -reaktion – Vor allem durch den Klimawandel hat sich in den letzten 60 Jahren die Zahl der Naturkatastrophen verzehnfacht. Auch deren Intensität nimmt zu. Dazu kommen Finanzkrisen, Pandemien sowie politische Krisen. Durch die wachsende weltwirtschaftliche Verflechtung übertragen sich zudem Krisen stärker auf andere Länder. Die Weltbankgruppe hat ihr Engagement in diesem Bereich verstärkt. Zum einen geht es darum, die Krisenreaktion zu verbessern und insbesondere beim Ausbruch von Krisen die humanitäre Hilfe von vornherein mit Entwicklungsanstrengungen zu verbinden. Erfolgreiche Ansätze gibt es bereits, zum Beispiel in Zusammenhang mit der aktuellen Hungerkrise am Horn von Afrika und im Nahen Osten. Die Bank trägt hier dazu bei, dass Flüchtlinge nicht nur Unterkünfte und Nahrung erhalten, sondern auch eine wirtschaftliche Perspektive aufgezeigt bekommen, beispielsweise durch Unterstützung bei

der tierärztlichen Betreuung ihrer Tiere. Zum anderen geht es um eine bessere Krisenprävention. Die Grundlage hierfür sind Risikoanalysen, die – wie beim Humanitären Weltgipfel in Istanbul vereinbart – künftig gemeinsam durchgeführt werden sollen. In diesem Sinne bauen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Weltbank auf, zum Beispiel in Bezug auf Irak, Tunesien, Libyen oder Syrien.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Jürgen Zattler

2. Schwerpunkte aus der Arbeit des Büros des Deutschen Exekutivdirektors

2.1 Jahrestagung 2016

Die Jahrestagung 2016 der Weltbankgruppe (WBG) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) fand vom 7. bis 9. Oktober 2016 in Washington D.C. statt. Thomas Silberhorn, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär (PStS) beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, leitete die deutsche Delegation zur WBG-Jahrestagung.

Im Zentrum der WBG-Jahrestagung standen die strategische und institutionelle Weiterentwicklung und Stärkung der Weltbank (*Forward Look*, Stimmrechtsreform) vor dem Hintergrund multipler globaler Unsicherheiten. Ziel der strategischen Weiterentwicklung ist es, die Weltbank als führende internationale Entwicklungsinstitution für die Zeit bis 2030 konzeptionell und institutionell adäquat aufzustellen (*Better & Bigger Bank*). Der *Forward Look* beschreibt den Veränderungs- und Handlungsbedarf der WBG im Kontext globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Flucht und Migration, Naturgefahren, Pandemien und dem steigenden Anteil weltweiter Armut in fragilen Ländern, insbesondere in Afrika. Die WBG wird dabei ihre Rolle bei der Bereitstellung öffentlicher Güter (Klima, Flüchtlinge) deutlich ausbauen.



PStS Thomas Silberhorn während einer Podiumssitzung zu SDGs: *Country Action and Progress*

Im Rahmen dieser strategischen Neuorientierung der Bank soll sich die WBG zusehends zu einer Institution wandeln, die ihre Finanzierungen vermehrt für die Mobilisierung weiterer Ressourcen – insbesondere des Privatsektors – einsetzen soll.

Die Tagung bekräftigte den Konsens zur Stärkung der WBG und der multilateralen Zusammenarbeit generell. WBG-Präsident Dr. Jim Yong Kim artikuliert in seiner Auftaktrede die große Sorge hinsichtlich zunehmender protektionistischer und isolationistischer Tendenzen. Kim forderte die Weltgemeinschaft auf, schneller zu handeln, um die extreme Armut und die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen. Die Weltbankgruppe sei durch die erfolgte konsequente Ausrichtung auf die langfristigen Ziele der Armutsbekämpfung und des geteilten Wohlstands sowie durch ihre Krisenreaktionsarchitektur nun in der Lage, rascher und effektiver auf Naturgefahren, Flüchtlingskrisen oder Pandemien zu reagieren. Zum Schutz und zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter warb Kim nachdrücklich für eine stärkere Mobilisierung des Privatsektors und lokaler finanzieller Ressourcen. Er appellierte an die Gouverneure, sich für eine substanzielle IDA18-Wiederauffüllung einzusetzen.

IWF-Chefin Christine Lagarde mahnte in ihrer Rede, dass das globale Wirtschaftswachstum schon zu lange zu niedrig sei und zu wenigen zugutekomme. Der Übergang ins digitale Zeitalter müsse inklusiver gestaltet werden; Themen wie finanzielle Inklusion, Korruptionsbekämpfung und Gleichberechtigung sollten die entwicklungspolitische Zukunftsagenda bestimmen.

PStS Silberhorn begrüßte im Entwicklungsausschuss die Agenda des *Forward Look* und insbesondere die größere Rolle, die die WBG zukünftig bei der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter spielen werde. Die deutliche Ausweitung von Investitionen in klimafreundliche Energiepfade sei von zentraler Bedeutung. Er forderte, rasch und konstruktiv die Frage der angemessenen Ressourcenausstattung der WBG anzugehen. Im Kontext der



Sitzung des *Development Committee* während der Jahrestagung 2016 in Washington, D.C.

nachhaltigen Entwicklungsfinanzierung müssten sich WBG und internationale Gemeinschaft stärker der Frage der Entwicklung lokaler Finanzmärkte und der Mobilisierung von lokalen Finanzressourcen und Steuereinnahmen widmen.

Die Gouverneure begrüßten die für die Diskussion vorgelegten Berichte zum *Forward Look* und zur Stimmrechtsreform und mahnten eine stringente Umsetzung bis zur Jahrestagung 2017 an. Viele Gouverneure begrüßten den Vorschlag, dass die IDA künftig zusätzliche Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen solle. Sie würdigten den Aufbau einer Krisenreaktionsarchitektur, die das Repertoire innovativer Finanzinstrumente bündelt und fragile sowie von Flüchtlingskrisen, Konflikten, Naturgefahren und Pandemien betroffene Staaten wirkungsvoll unterstützen kann. Viele Gouverneure forderten die Weltbank auf, ihre Arbeit noch effektiver auf die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 (*Sustainable Development Goals / SDGs*) auszurichten.

Am Rande der Tagung traf PStS Silberhorn mit WBG-Präsident Kim zusammen, der sich für die exzellente Zusammenarbeit und Unterstützung Deutschlands bedankte.



Gespräch zwischen PStS Thomas Silberhorn und Weltbankpräsident Dr. Jim Yong Kim während des *Climate Ministerial Dialogue Luncheon* bei der Jahrestagung 2016

PStS Silberhorn umriss im Rahmen eines *G20 Development Meetings* die entwicklungspolitischen Elemente der deutschen G20-Präsidentschaft und hob insbesondere die Bedeutung der Afrika-Initiativen, der Stärkung von Steuersystemen sowie der Entwicklung lokaler Finanzmärkte hervor.

Im Rahmen der Jahrestagung nahm PStS Silberhorn ferner am *Climate Ministerial Luncheon*, an hochrangigen Veranstaltungen zur Umsetzung der Agenda 2030 und zum Potenzial von Klimarisikoversicherungen sowie an einem Treffen der von Deutschland geförderten Partnerschaft zur Umsetzung nationaler Klimaschutzbeiträge (*NDC Partnership*) teil.

2.2 Frühjahrstagung 2017

PStS Thomas Silberhorn leitete ebenfalls die deutsche Delegation zur Frühjahrstagung 2017, die turnusgemäß im April in Washington, D.C. stattfand. Bestimmendes Thema war diesmal der Umgang mit der **akuten Hungersnot in drei afrikanischen Ländern und dem Jemen**. Weltbankpräsident Jim Yong Kim und der Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN) António Guterres demonstrierten einen politischen Schulterchluss als Reaktion auf Konflikte und Hunger in den vier betroffenen Ländern.

Beide Redner appellierten, das humanitäre Recht zu achten und einen verbesserten Zugang zu Konfliktgebieten zu gewährleisten, um der hungernden Bevölkerung zu Hilfe kommen zu können. Die WBG hatte unmittelbar vor der Frühjahrstagung ein **Finanzpaket in Höhe von 1,8 Milliarden US\$** verkündet, das in enger Partnerschaft mit den VN den betroffenen Ländern zur Verfügung gestellt werden sollte.

Als weiteres Thema diskutierten die Anteilseigner die **institutionelle und finanzielle Stärkung der Weltbankgruppe**. Die Gouverneure beauftragten das Management, ihnen bis zur Jahrestagung 2017 konkrete Optionen für eine Kapitalstärkung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (*International Bank for Reconstruction and Development / IBRD*) und der Internationalen Finanz-Corporation (*International Finance Corporation / IFC*), dem Privatsektorarm der Weltbankgruppe, vorzulegen. Die USA positionierten sich skeptisch zu dem vorgesehenen Zeitplan, der eine Einigung bis zur Jahrestagung 2017 vorsieht. Daher wird mit einer Einigung frühestens zur Frühjahrstagung 2018 gerechnet.

Ein weiteres Diskussionsthema des *Development Committee* war die Schaffung von Märkten für private Investitionen, um einen strategischeren Einsatz von öffentlichen Mitteln als Katalysator für Privatinvestitionen zu ermöglichen (der sogenannte **Cascade-Ansatz**). Ganz im Sinne des *G20 Compact with Africa* werden IBRD und IFC ihre Arbeit stärker hierauf ausrichten. Die Gouverneure begrüßten einhellig den erfolgreichen Abschluss der IDA18-Verhandlungen im Dezember 2016 mit einer Rekordwiederauffüllung von 75 Milliarden US\$. Viele lobten den innovativen Charakter des **IDA Private Sector Window**. Gleichzeitig betonten sie die Wichtigkeit der multilateralen Zusammenarbeit und hoben die Bedeutung globaler öffentlicher Güter wie Klima und Konfliktprävention hervor.

Auf einer hochrangigen Panel-Diskussion zu **Stärkung und Ausbau von lokalen Kapitalmärkten** hob IFC-Vizepräsident Philippe Le Houérou besonders das von der WBG eingerichtete **Joint Capital Markets Program (J-CAP)** hervor, das erstmals alle Instrumente von Weltbank und IFC beim Aufbau von Kapitalmärkten unter einem strategischen Rahmenwerk vereint.

PStS Silberhorn unterstrich die entwicklungspolitische Bedeutung von lokalen Kapitalmärkten, denen er eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der SDGs zusprach. Dem öffentlichen Sektor seien angesichts des hierfür notwendigen, enormen Finanzbedarfs enge Grenzen gesetzt. So benötige allein der afrikanische Kontinent Infrastrukturinvestitionen von 135 Milliarden US\$ pro Jahr, das Äquivalent der weltweiten offiziellen Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance / ODA*) eines Jahres. Auf der anderen Seite suchten jedoch lokale Investoren mit teilweise erheblichen Rücklagen (zum Beispiel Pensionsfonds) nach rentablen Investitionsmöglichkeiten in der Region.

Für den afrikanischen Kontinent sei die deutsche **G20-Initiative Compact with Africa** richtungweisend, da sie nicht nur die makroökonomische Perspektive und die Verbesserung des Geschäfts- und Investitionsklimas in Afrika anspreche, sondern auch konkret die Verbesserung der regulativen und finanztechnischen Rahmenbedingungen zum Aufbau von lokalen Kapitalmärkten umfasse.



Gruppenfoto beim *Compact with Africa*-Treffen in Berlin am 12. und 13. Juni 2017

Als Diskussionsgrundlage für das informelle *DC Lunch* der Gouverneure unter anderem mit US-Finanzminister Steven Mnuchin und VN-Generalsekretär Guterres diente ein von Weltbank und IWF gemeinsam verfasstes Papier zum Thema Ungleichheit („*Tackling Inequality in a Globalized World*“).

In seiner Auftaktrede an der *London School of Economics* hatte WBG-Präsident Kim dafür geworben, mehr inklusives nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, um der wachsenden Ungleichheit weltweit zu begegnen. Entwicklungszusammenarbeit müsse stärker darauf ausgerichtet werden, ein förderliches Umfeld für Privatsektorinvestitionen zu schaffen, um mehr Gelder für die Ziele der Agenda 2030 zu mobilisieren.



Weltbankpräsident Dr. Jim Yong Kim während seiner Rede bei der *London School of Economics* am 11. April 2017

3.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Geschäftsjahrs im Einzelnen

3.1 Humanitäre Krisen, Flucht und Migration

Das Geschäftsjahr 2017 war wie auch der vorangegangene Berichtszeitraum von humanitären Krisen, Gewaltkonflikten und großen Migrations- und Fluchtbewegungen geprägt. Die Weltbank prognostiziert, dass bereits im Jahr 2030 60 Prozent aller Armen in fragilen und von Konflikten und Gewalt betroffenen Staaten leben werden. Aufgrund der Überlastung des humanitären Systems versucht die Weltbank zunehmend, einen eigenständigen Beitrag zur globalen Krisenreaktion und vor allem -prävention zu leisten. Die anhaltenden Konflikte in Syrien und im Jemen sowie die überaus schwere Dürre- und Hungerkrise in einigen afrikanischen Ländern (Somalia, Nigeria, Kenia, Äthiopien und in der Tschadsee-Region) machten im Geschäftsjahr 2017 schnelle und wirkungsvolle Hilfe notwendig – ein erster Test für die neu aufgestellte Krisenreaktionsarchitektur der Weltbank, die *Global Crisis Response Platform*. Dabei gelang es der Bank in engem Schulterschluss mit den Vereinten Nationen, über 1,8 Milliarden US\$ zur Bewältigung der Dürrekrise zu mobilisieren. Erstmals beauftragte die Weltbank im Jemen und in Somalia direkte VN-Unterorganisationen mit der Implementierung von resilienzstärkenden Maßnahmen zur Komplementierung der internationalen humanitären Hilfe.

Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller und Weltbankpräsident Dr. Jim Yong Kim trafen sich am 19. September 2016 am Rande des ersten UN-Sondergipfels zu Flucht und Migration in New York. Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller forderte in seiner Rede mehr internationale Solidarität bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Flucht stellt die betroffenen Länder und die internationale Gemeinschaft nicht nur vor humanitäre Herausforderungen. Wie auch Migration aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen hat Flucht vor politischer Verfolgung und Gewaltkonflikten eine soziale, wirtschaftliche und fiskalische Dimension für die Herkunfts- und Aufnahmeländer. Damit sind Flucht und Migration wichtige Themen auch für die Entwicklungszusammenarbeit. Die WBG leistet sowohl durch Forschung und Politikberatung als auch durch Projektfinanzierungen und die Mobilisierung der internationalen

Gemeinschaft Beiträge zur Lösung von Flüchtlingskrisen und zum Umgang mit Migrationsbewegungen. Im laufenden Geschäftsjahr stellte die Weltbank zwei maßgebliche *Flagship*-Berichte vor, die eine umfassende analytische Betrachtung der globalen Flüchtlingskrise erlauben sowie die Rolle der Weltbank am Nexus Migration und Entwicklung beschreiben.^{1,2}

Zum Thema Flucht verfügt die Weltbank beispielsweise über das Kooperationsprogramm *Global Program on Forced Displacement* (GPFD), mit dem auch die Bundesregierung zusammenarbeitet. Das GPFD berät die projektführenden Abteilungen, andere Entwicklungsinstitutionen wie die VN und NROen und vor allem betroffene Regierungen dabei, die Auswirkungen von Fluchtbewegungen in Entwicklungsstrategien und -vorhaben einzubeziehen. Das GPFD erstellt Analysen beispielsweise für die Region der Großen Seen und das Horn von Afrika, untersucht, welche Auswirkungen Flucht auf Landbesitz, soziales Gefüge, öffentliche Dienstleistungen, Wirtschaft und Regierungsführung hat, und entwickelt auf dieser Grundlage Politikempfehlungen. Im laufenden Geschäftsjahr nahm das GPFD in enger Kooperation mit dem UNHCR die Vorbereitungen zur Umsetzung des neuen *IDA Refugee Window* auf, das Empfängerländern, die eine besonders hohe Zahl von Flüchtlingen oder Binnenvertriebenen zu verzeichnen haben, finanzielle Unterstützung über den regulären IDA-Beitrag hinaus zur Verfügung stellt.

Zum Thema Migration allgemein hat die Weltbank eine internationale Wissenskooperation, das *Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD)*, geschaffen, in der leitende Experten/-innen die praxisbezogene Forschung zu Migration vorantreiben und in der Deutschland ebenfalls ein wichtiger Partner ist. Themen sind unter anderem die fiskalischen Auswirkungen von Fluchtbewegungen, die Integration von Migranten/-innen und Flüchtlingen, Arbeitsmarkteffekte, die Bedeutung von Rücküberweisungen (*Remittances*) für die Entwicklung sowie die Nutzung der Diaspora für die Entwicklung in den Herkunftsländern.

Die WBG leistet ferner signifikante finanzielle Beiträge, um Herkunftsländer von Flüchtlingen zu stabilisieren und (Erst-)Aufnahmeländer bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen zu unterstützen. Die hierzu im Jahr 2015 geschaffene *Global Concessional Financing Facility* unterstützte über die Verbilligung von Darlehen multilateraler Entwicklungsbanken Jordanien und Libanon bei der Aufnahme und Integration von syrischen Flüchtlingen.

Als globale „Entwicklungskooperative“ arbeitet die WBG eng mit den VN an der Reform des internationalen Instrumentariums zum Umgang mit humanitären Krisen und Gewaltkonflikten zur Umsetzung

1 Forcibly Displaced: Toward a Development Approach Supporting Refugees, the Internally Displaced, and Their Hosts (<http://bit.ly/2cfShwY>).

2 Migration and development: a role for the World Bank Group (<http://bit.ly/2bU0fWt>).

der politischen Ziele des *World Humanitarian Summit*. Eine große gemeinsame Studie beider Organisationen zur Konfliktprävention, an der Deutschland aktiv mitwirkte, wurde im September 2017 im Rahmen der VN-Generalversammlung vorgestellt. Ferner unterzeichneten Weltbankpräsident Kim und VN-Generalsekretär Guterres am Rande der Frühjahrstagung ein *Memorandum of Understanding*, welches die Zusammenarbeit beider Organisationen im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate und komparativen Vorteile noch enger aufeinander ausrichten und damit wirkungsvoller machen soll.



Weltbankpräsident Dr. Jim Yong Kim mit VN-Generalsekretär António Guterres und EU-Kommissionspräsident Dr. Jean-Claude Juncker beim *Financing for Peace* Treffen während der Frühjahrstagung 2017

3.2 Klimawandel

Nach der erfolgreichen Vereinbarung des Pariser Klimaabkommens (COP21) im Dezember 2015 hat die WBG im April 2016 – insbesondere auch auf deutschen Wunsch hin – einen ambitionierten Klimaaktionsplan erarbeitet (*WBG Climate Change Action Plan*). Seine Umsetzung unterstützen wir im Exekutivdirektorium mit Nachdruck. Die WBG hat sich darin zum Ziel gesetzt, den **Anteil klimarelevanter Finanzierungen bis zum Jahr 2020 von 21 auf 28 Prozent ihrer Gesamtzusagen zu erhöhen**.

Zum Ende des Finanzjahrs 2017, Ende Juni 2017, hatte die WBG 21 Prozent erreicht (IBRD: 22 Prozent, IFC: 25 Prozent MIGA: 13 Prozent) und ist damit auf einem guten Weg. Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich, um das Ziel von 28 Prozent bis 2020 zu erreichen.

Der von den USA angekündigte Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen und ihre unentschiedene Haltung zu einer Kapitalerhöhung von IBRD und IFC werden **Engpässe bei der internationalen Klimafinanzierung zur Folge haben, auch innerhalb**

der WBG.³ Aus diesem Grund hat das Weltbankmanagement dem Exekutivdirektorium 2017 verstärkte interne Anstrengungen vorgestellt, um den Anteil klimarelevanter Finanzierungen am Ausleihvolumen zu erhöhen. Diese gehen im Kern in drei Richtungen:

1. verstärkter Klimafokus in frühen Phasen des Projektdesigns, insbesondere bei Budgethilfen (*Development Policy Operations*) sowie in WBG-Länderstrategien,
2. Erhöhung der Nachfrage in Nehmerländern nach Klimaprojekten durch größere Unterstützung bei der Umsetzung der nationalen Klimaprogramme (*Nationally Determined Contributions / NDCs*). In der Weltbank ist eine Unterstützungseinheit der von Deutschland maßgeblich unterstützten **NDC-Partnerschaft** angesiedelt (**NDC Partnership**),



Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller unterstützt das Klimaprogramm der Weltbank mit einem dreistelligen Millionenbetrag

3. verbesserte Anreize für WBG-Mitarbeiter/-innen und stärkeres Klimabewusstsein innerhalb der Bank über gezielte Fortbildung der Mitarbeiter/-innen sowie ein *Real Time Climate Action Tracking Tool*.

Seit Juli 2017 werden zudem die sozialen bzw. ökologischen Kosten von Kohlenstoff in ökonomischen Analysen von Weltbankinvestitionsprojekten ausgewiesen.

Daneben bemüht sich die WBG zusammen mit anderen MDBs verstärkt um die Mobilisierung privater Investitionen weltweit (sog. **Cascade-Ansatz/Hamburg Principles**, siehe Kapitel 3.5).

³ Eine der Voraussetzungen für die Erreichung des 28-Prozent-Ziels der Weltbank war ein gleichbleibendes Ausleihvolumen. Ohne Kapitalerhöhung sinkt das Ausleihvolumen jedoch.

Klimachance für institutionelle Investoren

Die IFC hat im April 2017 den *Green Cornerstone Bond Fund* ins Leben gerufen. Durch diesen Fonds sollen 2 Milliarden US\$ für Green Bonds in Entwicklungs- und Schwellenländern mobilisiert und investiert werden. Als Fondsmanager hat die IFC in einem Wettbewerbsverfahren die französische Firma Amundi ausgewählt. Die IFC wird sowohl eigenes Geld investieren und die Investitionsentscheidungen begleiten als auch die Herausgeber von *Green Bonds* durch Trainingsprogramme unterstützen. Die IFC beabsichtigt, durch diese komplementären Aktivitäten gleichzeitig Angebot und Nachfrage nach *Green Bonds* in Entwicklungs- und Schwellenländern zu schaffen. Mittelfristig soll dadurch eine neue Anlageklasse für institutionelle Anleger etabliert werden.

In enger Kooperation mit der Weltbank setzt die Bundesregierung ihr im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft im Jahr 2015 formuliertes Ziel um, die Anzahl armer und verwundbarer Menschen in Ländern mit geringem oder mittlerem Einkommen mit Zugang zu direkter oder indirekter Versicherung gegenüber Klimarisiken **bis 2020 um bis zu 400 Millionen zu steigern** und damit Märkte für Klimarisikoversicherungen für und in Entwicklungsländern zu **entwickeln**.

Im Rahmen der Verhandlungen zur 18. Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (*International Development Association / IDA*) für den Zeitraum 2017 bis 2020 wurden die Mittel für Klimainvestitionen im Vergleich zum letzten IDA-Zyklus auf insgesamt ca. 20 Milliarden US\$ fast verdreifacht.

Trotz der derzeit kritischen Haltung der USA gegenüber dem Thema Klimawandel besteht heute im WBG-Exekutivdirektorium weitgehende Einigkeit darüber, dass die Ziele der WBG – Armutsbekämpfung und Abbau von Ungleichheit – nur über eine nachhaltige Entwicklung und eine Stärkung des Klimaschutzes erreichbar sind. Im April 2017 hat Deutschland gemeinsam mit China eine Erklärung im Exekutivdirektorium der Bank initiiert, die 17 Direktoren zeichneten. Sie fordert die WBG auf, ihre Bemühungen zum Klimaschutz weiter zu verstärken. Durch diese gemeinsame Erklärung, die eine Mehrheit der Anteilseigner hinter sich versammelt hat, hat Deutschland weiter an Klimaprofil innerhalb der Weltbankgruppe gewonnen.

3.3 Implementierung der neuen Umwelt- und Sozialstandards

Am 4. August 2016 wurde das neue ökologische und soziale Rahmenwerk (*Environmental and Social Framework / ESF*) der Weltbank vom Exekutivdirektorium verabschiedet.

Der ESF umfasst insgesamt zehn Standards und Schutzklauseln für Mensch und Umwelt im Rahmen von Weltbank-finanzierten Investitionsprojekten. Diese Standards sind ausschlaggebend für eine langfristige Orientierung bei der Projektgestaltung und -umsetzung. Sie sind Garanten für eine nachhaltige und positive Entwicklung, da mögliche negative Wirkungen von Anfang an berücksichtigt werden müssen.

Die Bank bereitet nun mit Hochdruck die Umsetzung der neuen Schutzklauseln (*Safeguards*) vor und informiert das Direktorium hierzu in regelmäßigen Abständen. Es wurde eine neue Arbeitseinheit gegründet, um die Mitarbeiter/-innen und Partner der Weltbank sowie die Durchführungsorganisationen auf die Umsetzung des neuen Regelwerks vorzubereiten. Der neue ESF sieht unter anderem eine stärkere Nutzung der ländereigenen Systeme vor. Deutschland finanziert eine Entsendung an die Weltbank, um die hierfür notwendige langfristige Kapazitätsbildung der Partner strategisch zu unterstützen.

Zudem werden derzeit Leitfäden (*Guidance Notes*) erstellt, die die zehn Standards jeweils konkretisieren. Diese Leitfäden sollen nach Abschluss der Konsultationen im Expertenkreis sowie der internen Kommentierungsrunden im November 2017 im Internet veröffentlicht werden, um zusätzlich Rückmeldungen der Öffentlichkeit einzuholen.

Für einige Themen wird es eine weitere Ebene von Leitfäden (*Good Practice Notes*) geben, für die Anteilseigner und zivilgesellschaftliche Akteure einen größeren Regelungsbedarf signalisiert haben. Vom 6. bis 9. Juni 2017 fand beispielsweise eine Expertenkonferenz über die besonderen Risiken für benachteiligte Individuen und Gruppen in Entwicklungsprojekten (*Addressing Risks and Impacts on Disadvantaged or Vulnerable Individuals or Groups in Development Projects*) in Berlin statt.

Geplant ist eine Einführung der neuen Standards bei Neuvorhaben ab 2018 – für die bereits zugesagten Projekte gelten weiterhin die alten Schutzklauseln (*Safeguards*).

BOX: Lancierung der Pandemie-Notfall-Finanzierungsfazilität, PEF

Am 28. Juni 2017 wurde von Weltbankpräsident Kim die weltweit erste Pandemie-Notfall-Finanzierungsfazilität (*Pandemic Emergency Financing Facility / PEF*) lanciert.

Anfang Mai 2016 hatte das Exekutivdirektorium die **Schaffung der PEF beschlossen**. Damit bevollmächtigten die Anteilseigner die Weltbank zum Abschluss von Versicherungen und zur

Ausgabe von Anleihen zur Finanzierung dieses innovativen Finanzinstruments für die Pandemiebekämpfung. Die Schaffung der PEF war eine zentrale Forderung des G7-Gipfels in Elmau 2015 gewesen. Als Teil der Krisenreaktionsarchitektur reiht sich die PEF komplementär ein. Deutschland hat die PEF mit einer Zahlung von 75 Millionen Euro unterstützt, weitere Mittel kommen von Japan und aus IDA-Mitteln.

Die PEF wird von einem Auslösemechanismus aktiviert, der virenstammspezifisch auf die Ausbreitungsschwere und -geschwindigkeit reagiert und automatisch Finanzmittel zur Bekämpfung eines Seuchenausbruchs bereitstellt. Damit wird die Abhängigkeit von häufig zu spät erfolgenden Ad-hoc-Entscheidungen auf Geberseite reduziert. Gleichzeitig wird erstmalig eine versicherungswirtschaftliche Einschätzung des Pandemierisikos vorgenommen, mit potenziell stabilisierenden Auswirkungen auch auf das Investitionsklima in besonders gefährdeten Ländern und Regionen.

Die PEF sichert alle IDA-Länder hinsichtlich aktuell bekannter Virenstämme ab. Mittelfristiges Ziel ist jedoch die Übernahme der Versicherungsprämien durch die versicherten Staaten selbst. Hier baut die Weltbank auf die positiven Erfahrungen mit Naturkatastrophenversicherungen im karibischen und pazifischen Raum. Dem Versicherungsmechanismus ist ein Treuhandfonds vorgeschaltet, über den unbekannte und damit außerhalb des Versicherungsfalls liegende, vom Gefährdungspotenzial jedoch vergleichbare Pandemieausbrüche erfasst werden.

Um die eigenen Vorsorgeanstrengungen der versicherten Staaten zu fördern, kommen die Versicherungszahlungen in Abhängigkeit vom Stand der länderspezifischen Vorsorgemaßnahmen entweder den betroffenen Ländern unmittelbar oder durch Zahlungen an Hilfsorganisationen zugute. Gleichzeitig soll der Versicherungsmechanismus der PEF im kommenden IDA18-Zyklus durch den Auf- und Ausbau von lokaler Gesundheitsinfrastruktur und einer multisektoralen Krisenplanung begleitet werden.

Angesichts der starken Nachfrage der Investoren konnte die IBRD die Transaktion am 28. Juni 2017 zu weit günstigeren Konditionen als ursprünglich erwartet im Markt platzieren. Der Gesamtbetrag des durch die Anleihen und Derivate auf den Markt übertragenen Risikos beträgt 425 Millionen US\$ und wurde in zwei Tranchen auf den Markt übertragen. Klasse A (Grippe und Coronavirus (Ebola) in einem späten Stadium des Ausbruchs) bestand aus 225 Millionen US\$ in Anleihen und 50 Millionen US\$ an Derivaten, und Klasse B (Filovirus, Coronavirus (in einem früheren Stadium eines Ausbruchs)) und eine Sammlung von anderen Krankheiten (Krim-Kongo-, Rift-Valley und Lassa-Fieber) bestanden aus 95 Millionen US\$ in Anleihen und 55 Millionen US\$ an Derivaten.

3.4 Wiederauffüllungsverhandlungen der Internationalen Entwicklungsorganisation (*International Development Association / IDA18*)

Einen der Meilensteine des Geschäftsjahrs 2017 bildete der Abschluss der Verhandlungen zur 18. Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (*International Development Association / IDA*). Nach insgesamt vier Verhandlungsrunden in Paris, Nay Pyi Taw, Washington, D.C. und Yogyakarta beschloss die Exekutivdirektoren am 12. Januar 2017 das Verhandlungsergebnis.

Im Vordergrund der Wiederauffüllung steht eine historische Finanzreform, die der IDA die Fremdkapitalaufnahme am Kapitalmarkt und damit eine größere Flexibilität ermöglicht. Diese Hebelung des IDA-Eigenkapitals hat das Gesamtvolumen für Nehmerländer auf eine Rekordsumme von 75 Milliarden US\$ erhöht.

Inhaltlich wird die IDA auch zukünftig prioritär die Themen Klimawandel, Gender und Konflikt, Fragilität und Vulnerabilität adressieren. Die drei Spezialthemen wurden um die beiden Bereiche Wirtschaftliche Transformation / Beschäftigung sowie Governance und Institutionenaufbau ergänzt. Das Ausleihvolumen für fragile und von Konflikten und Gewalt betroffene IDA-Empfängerländer wurde auf 14 Milliarden US\$ verdoppelt. Die Einrichtung eines Fensters zur Förderung der Privatsektorentwicklung in Kooperation mit IFC und MIGA stellt eine wertvolle Ergänzung des IDA-Instrumentariums dar.

Angesichts der globalen Herausforderungen wird die IDA ihre Krisenreaktionsfähigkeit ausbauen und hat dazu ein dezidiertes Finanzierungsinstrument zur Unterstützung von IDA-Ländern in Flüchtlingskrisen geschaffen: eine weitere finanzielle Innovation zur Stärkung der Resilienz im Kontext von Krisen, Katastrophen und Konflikten. Die IDA ist durch den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen auf Rekordniveau auch weiterhin das stärkste Instrument der Weltbankgruppe zur Armutsreduzierung in den ärmsten Ländern der Welt.

3.5 Zusammenarbeit mit anderen multilateralen (Entwicklungs-) Banken

Die Weltbankgruppe hat im vergangenen Jahr ihre enge Abstimmung mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken (*Multilateral Development Banks / MDBs*) erfolgreich fortgesetzt. Im Vordergrund stand dabei eine Initiative unter der deutschen G20-Präsidentschaft, um für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals / SDGs*) vermehrt privates Kapital zu mobilisieren und privatwirtschaftliche Lösungsansätze stärker zu nutzen. Die MDBs einigten sich auf entsprechende Grundsätze, die von den Regierungschefs auf dem G20-Gipfel als *Hamburg Principles* verabschiedet wurden. Ein weiteres Ergebnis des Hamburger G20-Gipfels war die Verabschiedung des *Joint MDB Statement of Ambitions for Crowding in Private Finance*, in dem sich die MDBs bereits auf Basis

der *Hamburg Principles* verpflichteten, über die nächsten drei Jahre die Mobilisierung privaten Kapitals um 25 bis 35 Prozent zu erhöhen. In einer technischen Arbeitsgruppe vereinbarten die MDBs zuvor bereits eine einheitliche Berechnung von mobilisierten Finanzmitteln.

Im Rahmen der italienischen G7-Präsidentschaft begannen die MDBs zudem ihre Arbeit, um die *G7 Principles for Effective IFIs Coordination* umzusetzen. Anhand von 11 konkreten Prinzipien sollen die Kohärenz und die Koordination zwischen den MDBs weiter gesteigert werden. Prioritär arbeiten die MDBs an gemeinsamen Standards, um die Additionalität ihrer privatwirtschaftlichen Finanzierungen gegenüber kommerziellen Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen und die wirtschaftliche Effizienz sowie die Portfolioqualität der Institutionen einheitlich zu messen und zu berichten.

3.6 Deutsches Personal in der Weltbankgruppe

Zum Ende des Geschäftsjahrs, Ende Juni 2017, hatte die Weltbankgruppe (WBG) 6.065 „internationale“ Stabs-Mitarbeiter⁴. Inklusive Ortskräften (rund 9.900) sowie *Consultants* (rund 6.000 Vollzeitäquivalente) verfügt die WBG über rund 22.000 vollzeitäquivalente Beschäftigte. 55,2 Prozent des Stabes haben ihren Standort in Washington, D.C.; die restlichen 44,8 Prozent verteilen sich auf 140 Außenbüros der WBG.

Deutschland bleibt in der WBG personell insgesamt leicht unterrepräsentiert. Der Anteil der deutschen Beschäftigten am internationalen Stab der WBG liegt bei 3,6 Prozent und ist damit seit Jahren in etwa stabil. **Die Zahl der deutschen Beschäftigten liegt bei 219.** Unter Berücksichtigung der *Consultants* arbeiten derzeit knapp 500 Deutsche bei der WBG. Von den 219 Deutschen im internationalen Stab arbeiten **171 bei der IBRD/IDA** (Personalanteil von 3,8 Prozent), **41 bei der IFC** (Personalanteil von 3,0 Prozent), **5 bei der MIGA** (Personalanteil von 6,3 Prozent) **sowie 2 bei der GEF** (*Global Environment Facility*, Personalanteil von 3,2 Prozent).

Im höheren Management ist Deutschland besser vertreten als im Stab insgesamt. Caroline Heider leitet weiterhin die unabhängige Evaluierungsabteilung (*Independent Evaluation Group / IEG*) auf einer Ebene äquivalent zu einer *Managing Director*. Dr. Hartwig Schäfer ist Vizepräsident der Abteilung *Global Themes*. Dr. Jan Walliser leitet als Vizepräsident die projektführenden Abteilungen in den Bereichen Armutsbekämpfung, Wirtschaftsentwicklung, Makroökonomie und Regierungsführung. Seit Januar 2017 ist Dr. Hans-Peter Lankes Vizepräsident *Economics & Private Sector Development* bei der IFC. Damit sind vier Deutsche im Spitzenmanagement der WBG vertreten.

Frauen sind mit einem Anteil von nur rund 38,4 Prozent im deutschen Personal unterrepräsentiert, insbesondere im höheren Management. In der WBG insgesamt liegt der Frauenanteil beim internationalen Personal bei 41,2 Prozent.

⁴ Sogenannte „*Internationally Recruited Staff, HQ Appointments*“. Diese Zahl umfasst reguläres Personal mit Washington-basierten, unbefristeten oder befristeten Arbeitsverträgen.

Der Deutsche Exekutivdirektor bei der WBG setzt sich über die **Einflussnahme auf hochrangige Personalentscheidungen** und die **Mitgestaltung der Personalpolitik** aktiv für die Steigerung des deutschen Personalanteils ein. Dafür nutzt er beispielsweise seine Rolle als **Mitglied im Komitee des Exekutivdirektoriums für Personalangelegenheiten**.

Interessent/-innen und Bewerber/-innen für **Positionen in der WBG** unterstützt das Büro des Deutschen Exekutivdirektors darüber hinaus durch Beratung und Kontaktvermittlung. Ferner fördert es institutionelle Kontakte, zum Beispiel zwischen dem Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) und der Personalabteilung der WBG. Die Personalabteilung der WBG ihrerseits unternimmt **Outreach-Maßnahmen in Deutschland**.

Daneben fördert das BMZ insbesondere über das **Junior Professional Officers (JPO)-Programm** die Rekrutierung deutscher Nachwuchskräfte durch die WBG. Junge Berufstätige sind für zwei bis drei Jahre auf einer BMZ-finanzierten Stelle in der WBG tätig und erhalten so eine sehr gute Startposition für einen Anschlussvertrag. Derzeit sind neun JPOs in der WBG im Einsatz.

Abbildung 2 Internationales Personal in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten (G7-Staaten)

Nationalitäten	Anzahl	%
USA	1.327	21,9%
Frankreich	302	5,0%
Großbritannien	266	4,4%
Deutschland	219	3,6%
Italien	194	3,2%
Japan	187	3,1%
Kanada	164	2,7%
Andere Teil 1*	877	14,5%
Summe Teil 1	3.536	58,3%
Summe Teil 1* & 2**	6.065	100%

Quelle: WBG Personalabteilung

*Industrieländer, **Entwicklungs- und Transformationsländer

Abbildung 3 Internationales Personal nach Institutionen

	IBRD	IFC	MIGA	GEF	WBG
Deutsche	171	41	5	2	219
Gesamtpersonalbestand	4.558	1.365	80	62	6.065
Anteil Deutscher	3,8%	3,0%	6,3%	3,2%	3,6%

Quelle: WBG Personalabteilung

3.7 Das Geschäftsjahr 2017 für die Weltbankgruppe in Zahlen

Im Geschäftsjahr 2017 stellte die WBG für die Bekämpfung der extremen Armut und die Förderung geteilten Wohlstands insgesamt fast 62 Milliarden US\$ an Krediten, Zuschüssen, Beteiligungsinvestitionen und Garantien zur Verfügung. Dies sind nahezu 2,5 Milliarden US\$ weniger als im letzten Geschäftsjahr.

In einem globalen wirtschaftlichen Umfeld, das von politischen Unsicherheiten und einer langsamen Rücknahme der Niedrigzinspolitik geprägt war, tätigte die WBG im zurückliegenden Geschäftsjahr 765 Transaktionen (Darlehen, Zuschüsse, Garantien) zur Förderung von Entwicklungsmöglichkeiten im Sinne ihrer übergeordneten Ziele. Schwerpunkte waren hierbei Investitionen in den Bereichen Energie und Transport, Förderung des Privatsektors, Landwirtschaft sowie die Stärkung von Resilienz im ländlichen und urbanen Raum.

Abbildung 4 Weltbankgruppe: Überblick der Finanzierungen je Geschäftsjahr in Mio. US\$

	2016	2017
WBG		
Neuzusagen	64.185	61.783
Auszahlungen	49.039	43.853
IBRD		
Neuzusagen	29.729	22.611
Auszahlungen	22.532	17.861
IDA		
Neuzusagen	16.171	19.513
Auszahlungen	13.191	12.718
IFC		
Neuzusagen*	11.117	11.854
Auszahlungen	9.953	10.355
MIGA		
Garantien	4.258	4.842
WBG Treuhandfonds		
Neuzusagen	2.910	2.962
Auszahlungen	3.363	2.919

*Langfristige Investitionszusagen. Kurzfristige Finanzierungen und mobilisierte Mittel anderer Finanziers sind nicht erfasst.

Abbildung 5 Neuzusagen und Auszahlungen der IBRD in 2016 und 2017 (in US\$) (jeweils vom 01. Juli – 30. Juni) nach Sektoren*

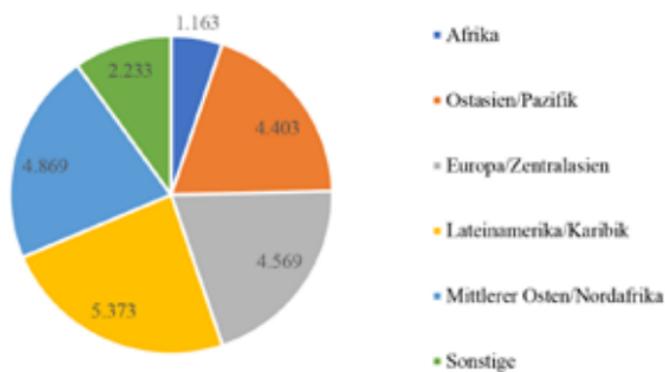
	Geschäftsjahr 2016				Geschäftsjahr 2017			
	Neuzusagen		Auszahlungen		Neuzusagen		Auszahlungen	
	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	669	2,2	872	3,9	1.163	5,1	424	2,4
Ostasien/Pazifik	5.176	17,4	5.205	23,1	4.403	19,5	3.961	22,2
Europa/Zentralasien	7.039	23,7	5.167	22,9	4.569	20,2	2.799	15,7
Lateinamerika/Karibik	8.035	27,0	5.249	23,3	5.373	23,8	3.886	21,8
Mittlerer Osten/ Nordafrika	5.170	17,4	4.427	19,6	4.869	21,5	5.334	29,9
Südasiens	3.640	12,2	1.623	7,2	2.233	9,9	1.454	8,1
Summe	29.729	100	22.543	100	22.611	100	17.859	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	80	0,3	428	1,9	724	3,2	536	3,0
Bildung	868	2,9	424	1,9	1.025	4,5	477	2,7
Energie und Bergbau	4.080	13,7	2.693	11,9	4.252	18,8	4.397	24,6
Umwelt	1.902	6,4	1.701	7,5	247	1,1	358	2,0
Finanzmanagement	1.427	4,8	1.197	5,3	1.403	6,2	1.300	7,3
Governance, öffentlicher Sektor	1.811	6,1	588	2,6	379	1,7	176	1,0
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	834	2,8	319	1,4	1.037	4,6	418	2,3
Wirtschaftspolitik	7.752	26,1	8.279	36,7	4.529	20,0	2.554	14,3
Armutsbekämpfung	100	0,3	4	0,0	112	0,5	105	0,6
Soziale Sicherheit	1.125	3,8	976	4,3	356	1,6	911	5,1
Urbane/ländliche Resilienzstärkung,	1.944	6,5	1.375	6,1	3.835	17,0	2.112	11,8
Wettbewerbspolitik	307	1,0	514	2,3	940	4,2	829	4,6
Transport	3.846	12,9	2.646	11,7	2.031	9,0	2.263	12,7
Wasser	3.652	12,3	1.399	6,2	1.741	7,7	1.424	8,0
Summe	29.729	100	22.543	100	22.611	100	17.859	100

*Rundungsabweichungen können aus dem nicht abgebildeten Nachkommabereich resultieren.

Abbildung 6 IBRD Neuzusagen je Geschäftsjahr nach Regionen in Mio. US\$

Region/IBRD	2016	2017
Afrika	669	1.163
Ostasien/Pazifik	5.176	4.403
Europa/Zentralasien	7.039	4.569
Lateinamerika/Karibik	8.035	5.373
Mittlerer Osten/Nordafrika	5.170	4.869
Südasien	3.640	2.233
Summe	29.729	22.611

Neuzusagen IBRD (FJ 17, Mio. US\$)





3.8 Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung / *International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)* Internationale Entwicklungsorganisation / *International Development Association (IDA)*

Die Kreditneuzusagen (*Commitments*) der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) beliefen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 22,61 Milliarden US\$, was einen Rückgang um 24 Prozent zum Vorjahr darstellt (2016: 29,7 Milliarden US\$). Die 1944 gegründete IBRD ist die älteste Institution der WBG und umfasst nunmehr 189 Länder. Deutschland verfügt aktuell über einen Kapitalanteil von 4,3 Prozent und ist damit viertgrößter Anteilseigner der IBRD. Die Neuzusagen der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) an konzessionären Krediten und Zuschüssen lagen im Geschäftsjahr 2017 bei 19,5 Milliarden US\$, womit die IDA ihr Zusagevolumen um 21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erhöhen konnte. Die IDA vereint 173 Mitgliedstaaten, wobei Deutschland mit einem aktuellen Stimmrechtsanteil von 5,46 Prozent ebenfalls den viertgrößten Anteil hält.

Der sich aus Zinsen und Gebühren sowie hauptsächlich aus der Verzinsung des Eigenkapitals ergebende Jahresüberschuss lag für die IBRD bei 795 Millionen US\$. Er fiel damit um fast 34 Prozent höher aus als im Vorjahr (2016: 593 Millionen US\$), was zu einem großen Teil auf geringere Verlustrückstellungen und sinkende Verwaltungskosten zurückzuführen ist. Auch macht sich das langsam rückläufige Niedrigzinsumfeld positiv im Anlagengeschäft der Bank bemerkbar. Nach der im Herbst 2016 neu eingeführten Formel für IDA-Transfers wurden am Ende des Geschäftsjahrs 123 Millionen US\$ aus dem Jahresüberschuss der IBRD an die IDA überwiesen. Dieser Betrag hatte im vorangegangenen Finanzjahr 2016 noch bei 497 Millionen US\$ gelegen. Durch diese Verringerung der IDA-Transfers konnten nunmehr fast 672 Millionen US\$ in die IBRD-Rücklagen überführt werden. Dies ist für die IBRD die größte Zuführung in die Rücklagen seit mehr als sechs Jahren.

Für das Geschäftsjahr 2017 werden die (Brutto-) Gesamtausgaben für die WBG mit 5,4 Milliarden US\$ ausgewiesen, worin Treuhandfonds sowie Einzelkrediten nicht zuweisbare Beratungsleistungen eingeschlossen sind. Sie liegen damit 3,2 Prozent über den Ausgaben des Vorjahres.

Die eigentlichen Verwaltungsausgaben der Weltbank sind weiterhin rückläufig. So belief sich das Netto-Verwaltungsbudget von IBRD/IDA im Geschäftsjahr 2017 auf 2,49 Milliarden US\$. Es verzeichnete damit zwar einen leichten Anstieg um 26 Millionen US\$ (1,05 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr (2016: 2,47 Milliarden US\$), lag jedoch innerhalb der vom Exekutivdirektorium genehmigten 2-prozentigen Toleranzgrenze. Die für das Geschäftsjahr 2017 ursprünglich geplanten Verwaltungsausgaben von 2,52 Milliarden US\$ wurden um 28 Millionen US\$ unterschritten. Das deutsche Exekutivbüro wird sich in den kommenden Finanzplanungen auch weiterhin für Kosteneffizienz einsetzen.

Als direkte Konsequenz der im Jahr 2014 eingeführten Ausgabenüberprüfung (*Expenditure Review*) blieben die Verwaltungsausgaben in den letzten Jahren rückläufig. Diese damals eingeführten Spar- und Effizienzmaßnahmen hatten zum Ziel, ab dem Geschäftsjahr 2018 Einsparungen über die gesamte WBG in Höhe von mindestens 400 Millionen US\$ p. a. zu erreichen. Für IBRD/IDA bedeutet dies zusätzlich, dass die finanzielle Nachhaltigkeit durch höhere Einnahmen und geringere Kosten gestärkt wird. Diese Konsolidierung der Verwaltungsausgaben und die damit verbundenen Einsparungen liegen gegenwärtig voll im Plan. Trotz des gestiegenen Ausleihvolumens liegt das Netto-Verwaltungsbudget von IBRD/IDA im Geschäftsjahr 2017 immer noch 3,7 Prozent unter dem Budget des Geschäftsjahres 2014.

Diese Tendenz wird sich im kommenden Jahr fortsetzen. Ab dem Geschäftsjahr 2018 erwartet die Weltbank zudem ein Verwaltungsbudget, das sich ausschließlich aus Zinsen und Gebühren des Ausleihvolumens finanziert. Das Erreichen des sogenannten Budget-Ankers stellt die Verwaltungskosten der Weltbank auf eine nachhaltige Basis und wird die finanzielle Zukunftsfähigkeit der Institution langfristig erheblich verbessern.

Abbildung 7 Neuzusagen und Auszahlungen der IDA in 2016 und 2017 (in US\$) (jeweils vom 01. Juli – 30. Juni) nach Sektoren

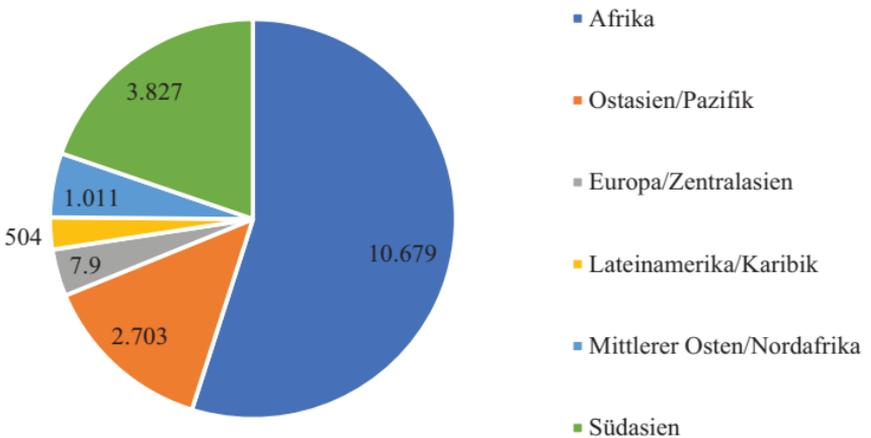
	Geschäftsjahr 2016				Geschäftsjahr 2017			
	Neuzusagen		Auszahlungen		Neuzusagen		Auszahlungen	
	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	8.676	53,7	6.812	51,6	10.679	54,7	6.623	52,1
Ostasien/Pazifik	2.324	14,4	1.204	9,1	2.703	13,9	1.145	9,0
Europa/Zentralasien	233	1,4	364	2,8	739	3,8	310	2,4
Lateinamerika/Karibik	183	1,1	303	2,3	504	2,6	229	1,8
Mittlerer Osten/ Nordafrika	31	0,2	44	0,3	1.011	5,2	391	3,1
Südasiens	4.723	29,2	4.462	33,8	3.827	0,3	3.970	31,2
Sonstiges					50	19,6	50	0,4
Summe	16.710	100	13.190	100	19.513	100	12.718	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	1.231	7,6	1.149	8,7	1.819	9,3	1.273	10,0
Bildung	1.126	7,0	1.323	10,0	1.599	8,2	1.067	8,4
Energie und Bergbau	2.642	16,3	1.568	11,9	1.659	8,5	1.142	9,0
Umwelt	495	3,1	242	1,8	450	2,3	456	3,6
Finanzmanagement	375	2,3	279	2,1	1.192	6,1	605	4,8
Governance, öffentlicher Sektor	311	1,9	242	1,8	214	1,1	362	2,8
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	1.150	7,1	920	7,0	1.284	6,6	1.305	10,3
Wirtschaftspolitik	1.090	6,7	1.612	12,2	1.339	6,9	570	4,5
Sonstiges					50	0,3	50	0,4
Armutsbekämpfung	136	0,8	34	0,3	55	0,3	33	0,3
Soziale Sicherung	2.447	15,1	1.279	9,7	1.413	7,2	1.350	10,6
Urbane/ländliche Resilienzstärkung	1.669	10,3	1.470	11,1	2.586	13,3	1.658	13,0
Wettbewerbspolitik	362	2,2	325	2,5	1.286	6,6	497	3,9
Transport	1.832	11,3	1.606	12,2	2.823	14,5	1.223	9,6
Wasser	1.306	8,1	1.141	8,7	1.745	8,9	1.129	8,9
Summe	16.170	100	13.190	100	19.513	100	12.718	100

*Rundungsabweichungen können aus dem nicht abgebildeten Nachkommabereich resultieren.

Abbildung 8 IDA Neuzusagen je Geschäftsjahr nach Regionen in Mio. US\$

Region/IDA	2016	2017
Afrika	8.676	10.679
Ostasien/Pazifik	2.324	2.703
Europa/Zentralasien	233	739
Lateinamerika/Karibik	183	504
Mittlerer Osten/Nordafrika	31	1.011
Südasiens	4.723	3.827
Sonstiges	0	50
Summe	16.170	19.513

Neuzusagen IDA (FJ 17, Mio. US\$)





3.9 Internationale Finanz-Corporation / *International Finance Corporation (IFC)*

Die Anteilseigner haben im *Forward Look* für die zukünftige Ausrichtung der Weltbankgruppe dem Privatsektor und der Mobilisierung von privatem Kapital eine große Bedeutung beigemessen. In der Weltbankgruppe ist hierfür neben der MIGA vor allem die IFC zuständig. Die IFC ist die weltweit größte auf die Privatsektorförderung ausgerichtete Entwicklungsbank. Sie hat 184 Mitgliedsstaaten und bietet Investitions-, Beratungs- und Anlagemanagement-Dienstleistungen zur Stärkung der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern an. Deutschland ist mit einem gehaltenen Kapitalanteil von 5,02 Prozent derzeit drittgrößter Anteilseigner der IFC.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die IFC mit 19,3 Milliarden US\$ zum zweiten Mal in Folge eine Rekordzusage erreicht, wovon 7,5 Milliarden US\$ von anderen Finanziers mobilisiert wurden. Zugleich hat die IFC ihre Aktivitäten in IDA- und Konfliktländern stark ausgeweitet. Von den insgesamt 342 Projekten hat die IFC 36 Prozent in IDA-Ländern mit einem Volumen von 4,6 Milliarden US\$ finanziert. In Konfliktländern hat die IFC mehr als 900 Millionen US\$ investiert. Nach einem Verlust in Höhe von 33 Millionen US\$ im Geschäftsjahr 2016 hat die IFC zudem mit einem Gewinn von 1,4 Milliarden US\$ eine deutliche Verbesserung des Geschäftsergebnisses erreicht.



PStS Thomas Silberhorn und der CEO der IFC Philippe Le Houérou während einer gemeinsam veranstalteten und hochrangig besetzten Podiumsdiskussion zu Kapitalmärkten bei der Frühjahrstagung 2017

Neben dem *Green Cornerstone Bond Fund* (**Cornerstone**) (siehe Kapitel 3.2) hat die IFC im letzten Jahr zudem einige weitere besonders interessante Ansätze entwickelt. Auf einer Veranstaltung mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Silberhorn haben IFC und Weltbank während der Frühjahrstagung gemeinsam die *Joint Capital Markets Initiative* (J-CAP) verkündet, die die Entwicklung lokaler Kapitalmärkte fördern soll.

Das *Managed Co-Lending Portfolio Program Infrastructure* (**MCPPI Infrastructure**) wurde entwickelt, um bis zu 5 Milliarden US\$ von Versicherungsgesellschaften und anderen institutionellen Investoren für Infrastrukturprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern zu mobilisieren. Allianz Global Investors war der erste Anleger, der 500 Millionen US\$ in dieses Instrument investierte. In der Refinanzierung hat die IFC mit der ersten Anleihe zum Schutz von Wäldern (**Forests Bond**) Neuland betreten. Die Investoren können dabei wählen, ihre Zinszahlungen statt in US-Dollar in CO₂-Zertifikaten aus einem REDD-Projekt in Kenia zu erhalten.

Management und Exekutivdirektorium der IFC haben sich zudem intensiv mit der zukünftigen strategischen Ausrichtung der IFC beschäftigt. Unter dem Titel *IFC 3.0 Creating Markets* (unter anderem **IFC Strategy**) will die IFC in Zukunft in enger Abstimmung mit den anderen Zweigen der Weltbankgruppe, dem IWF und anderen Entwicklungsbanken die Schaffung von Märkten vermehrt in den Mittelpunkt ihrer Förderung stellen. Hierzu wurden auch organisatorische Änderungen beschlossen, unter anderem die Einrichtung einer *Vice President Unit Economics and Private Sector Development*. Diese neue Einheit wird vom deutschen Vizepräsidenten Dr. Hans-Peter Lankes geleitet. Zur erfolgreichen Umsetzung dieser Strategie werden momentan zudem neue Instrumente entwickelt. Das *IDA 18 Private Sector Window* (siehe Kapitel 3.4) zur Risikoabsicherung in sehr riskanten Märkten ist bereits beschlossen, ebenso wie eine Neuausrichtung der *IFC Advisory Services*, um vermehrt Projekte vorzubereiten und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Abbildung 9 Langfristige Investitionszusagen (auf eigene Rechnung) und Auszahlungen der IFC in 2016 und 2017 (in US\$) – (jeweils vom 01. Juli – 30. Juni) nach Sektoren.*

	Geschäftsjahr 2016				Geschäftsjahr 2017			
	Zusagen (LTF)		Auszahlungen		Zusagen (LTF)		Auszahlungen	
	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%
a. Regionale Aufteilung								
Ostasien/Pazifik	2.307	21	1.892	19	1.738	15	1.686	16
Europa/Zentralasien	2.131	19	1.739	17	2.084	18	2.099	20
Lateinamerika/Karibik	2.688	24	2.088	21	2.693	23	2.101	20
Mittlerer Osten/ Nordafrika	955	9	823	8	951	8	875	8
Südasiens	1.428	13	998	10	1.982	17	1.071	10
Subsahara-Afrika	1.398	13	1.166	12	2.323	20	1.212	12
Welt	210	2	1.247	13	84	1	1.311	13
Summe	11.117	100	9.953	100	11.854	100	10.355	100
b. Sektorale Aufteilung								
Land- und Forstwirtschaft	370	3,3	306	3	669	5,6	593	6
Öl, Gas und Bergbau	764	6,9	843	8	407	3,4	254	2
Versorgungswirtschaft	286	2,6	245	2	71	0,6	60	1
Bau und Immobilien	360	3,2	42	0	283	2,4	364	4
Transport und Lagerhaltung	634	5,7	434	4	439	3,7	522	5
Nahrungsmittel und Getränke	310	2,8	334	3	435	3,7	415	4
Chemikalien	419	3,8	237	2	590	5,0	509	5
Nichtmetall- Mineralprodukte	262	2,4	206	2	100	0,8	233	2
Eisen- und Stahlprodukte	17	0,2	17	0	65	0,5	55	1
Zellstoffe und Papier	-	-	34	0	35	0,3	35	0
Textilien, Bekleidung und Leder	51	0,5	81	1	2	0,0	9	0
Plastik- und Gummiprodukte	57	0,5	40	0	-	-	16	0
Industrie und Konsumgüterprodukte	137	1,2	137	1	248	2,1	275	3
Informationstechnologie	347	3,1	358	4	169	1,4	108	1
Finanzsektor und Versicherung	4.820	43,4	3.848	39	5.981	50,5	4.404	43
Investitionsförderung	758	6,8	504	5	538	4,5	640	6
Groß- und Einzelhandel	200	1,8	691	7	50	0,4	620	6
Technische Dienstleistungen	32	0,3	34	0	63	0,5	63	1
Gesundheitswesen	116	1,0	170	2	443	3,7	284	3
Bildungswesen	191	1,7	112	1	117	1,0	110	1
Tourismus	34	0,3	29	0	88	0,7	30	0
Elektrizität	887	8,0	1.203	12	1.012	8,5	729	7
Öffentliche Verwaltung	65	0,6	51	1	50	0,4	25	0
Summe	11.117	100	9.953	100	11.854	100	10.355	100

*Rundungsabweichungen können aus dem nicht abgebildeten Nachkommabereich resultieren.



3.10 Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur / *Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)*

Die MIGA wurde 1988 als jüngster Teil der WBG gegründet. Sie hat 181 Mitgliedsstaaten, unter denen Deutschland mit einem Kapitalanteil von 5,04 Prozent an dritter Stelle liegt.

Die MIGA unterstützt durch verschiedene Garantieprodukte ausländische Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Agentur verfolgte auch im Fiskaljahr 2017, dem Wunsch des Exekutivdirektoriums entsprechend, eine ambitionierte Expansionspolitik in IDA- und fragilen Ländern sowie bei Klimaschutz- und Energieeffizienzvorhaben. Dazu mobilisierte sie in Zusammenarbeit mit anderen privaten und öffentlichen Versicherungspartnern durch Entwicklung innovativer Produkte die Rekordsumme von annähernd 4,8 Milliarden US\$. Davon wurden 1,1 Milliarden US\$ in IDA Ländern und 611 Millionen US\$ in fragilen Staaten an Garantien vergeben. Ihrem Geschäftsmodell entsprechend wurden ca. 11 Milliarden US\$ an internationale Rückversicherer abgetreten. Das entspricht 62 Prozent des Gesamtgarantieportfolios. Insgesamt betrug das ausstehende Garantieportfolio der Agentur am Ende des Geschäftsjahrs 2017 rund 17,8 Milliarden US\$.

Neben den klassischen Produkten zur Versicherung von politischen Risiken, zum Beispiel bei Direktinvestitionen, wird die neue Produktgruppe „Versicherung gegen (Teil-) Zahlungsausfälle von Regierungen und öffentlichen Unternehmen“ (*Non-Honoring*) aus klar definierten finanziellen Verpflichtungen (zum Beispiel Darlehensverträgen) verstärkt nachgefragt. Dieser Versicherungstyp ist in der Lage, das fehlende Bindeglied zum Privatsektorgeschäft der IFC für den Fall zu bilden, dass private Bankenfinanzierungen in größeren Projekten erforderlich sind, aber ohne eine Deckung nicht zustande kommen. Ihrer Innovationskraft entsprechend ist es der MIGA in Zusammenarbeit mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) erstmalig gelungen, eine Projektanleihe für eine Erstinvestition im Bereich der sozialen Infrastruktur (hier: ein Krankenhaus) mit einem besseren Rating als das des Investitionslandes für internationale Investoren verfügbar zu machen.

Im Energiebereich spielt daneben auch die klassische Deckung gegen politische Risiken weiterhin eine große Rolle. So ist beispielsweise die folgende typische Konstellation denkbar: Die MIGA (rück)garantiert im Rahmen ihrer Deckung gegen Bruch staatlicher Zusagen (*Breach of Contract*) einem privaten Energieerzeuger die vertraglichen Abnahmepreise für Strom, die dieser mit dem öffentlichen Netzbetreiber vereinbart hat. Dies fördert die Tragfähigkeit von Privatsektorprojekten.

In allen Fällen gilt, dass die MIGA als Teil der WBG enge Beziehungen zu den Regierungen unterhält und somit typischerweise in der Lage ist, auch politische Hürden – insbesondere bei drohenden Versicherungsfällen – zu überwinden und den langfristigen Erfolg des jeweiligen Projekts sicherzustellen.

Abbildung 10 Auszahlungen von MIGA-Garantien im Geschäftsjahr 2016 und 2017 (in US\$) (jeweils vom 01. Juli – 30. Juni) nach Regionen und Sektoren.*

	Geschäftsjahr 2016		Geschäftsjahr 2017	
	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%
a. Regionale Aufteilung				
Afrika	1.757	41	1.044	22
Ostasien/Pazifik	1.249	29	512	11
Europa/Zentralasien	727	17	1.869	39
Lateinamerika/Karibik	439	10	963	20
Mittlerer Osten/Nordafrika	15	0	216	4
Südasien	68	2	239	5
Summe	4.257	100	4.842	100
b. Sektorale Aufteilung				
Infrastruktur	1.723	40	2.053	42
Finanzen	1.266	30	2.052	42
Tourismus und Dienstleistungen	52	1	488	10
Landwirtschaft und Manufaktur	15	0	17	0,4
Öl, Gas und Bergbau	1.200	28	217	4
Summe	4.257	100	4.842	100

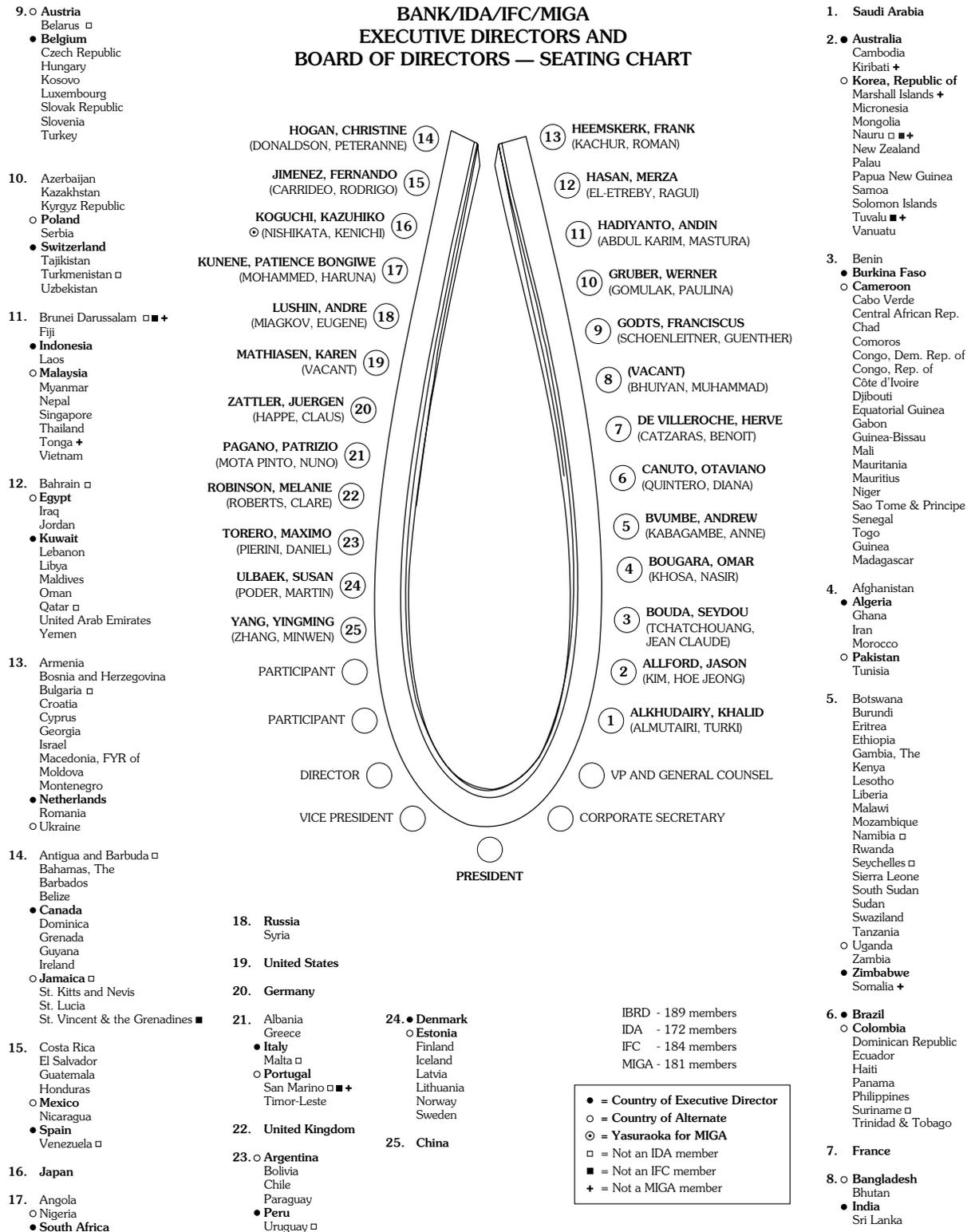
*Rundungsabweichungen können aus dem nicht abgebildeten Nachkommabereich resultieren.



Das Weltbank-Hauptgebäude in Washington, D.C. während der Jahrestagung 2016

Sitzordnung und Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums

BANK/IDA/IFC/MIGA EXECUTIVE DIRECTORS AND BOARD OF DIRECTORS — SEATING CHART



Mitarbeiter/-innen des Büros der Deutschen Exekutivdirektorin



Jürgen Zattler
Exekutivdirektor
(ab: 15.05.2017)
Tel. +1 202 458 1183
jzattler@worldbank.org



Ursula Müller
Exekutivdirektorin
(bis: 09.03.2017)
Tel. +1 202 458 1183
umueller@worldbank.org



Claus Happe
Stellv. Exekutivdirektor
Tel. +1 202 458 1190
chappe@worldbank.org



Ralf Schröder
Senior Advisor
Tel. +1 202 458 8014
rschroeder@worldbank.org



Jochen Hoettcke
Advisor
Tel. +1 202 458 1717
jhoettcke@worldbank.org



Andreas Thermann
Advisor
Tel. +1 202 458 1742
athermann@worldbank.org



Nadja Bleiber
Advisor
Tel. +1 202 458 1226
nbleiber@worldbank.org



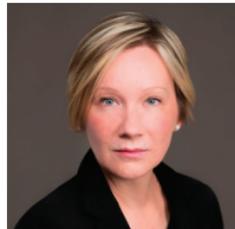
Florian Neutze
Advisor
Tel. +1 202 458 8320
fneutze@worldbank.org



Eva Johanna Brüggemann
Advisor
Tel. +1 202 458 1182
ebrueggemann@worldbank.org



Lilia Ward
Sekretariat
Tel. +1 202 458 1628
lward@worldbank.org



Jana Coto
Sekretariat
Tel. +1 202 458 1125
jcoto@worldbank.org



WORLD BANK GROUP

THE WORLD BANK
IBRD - IDA

IFC | International
Finance Corporation

MIGA | Multilateral Investment
Guarantee Agency

Office of the German Executive Director

Mail Stop Number (MSN) MC 11-1109

Room Number MC 11-125

World Bank Group

1818 H Street, N.W., Washington, D.C. 20433, U.S.A.

Tel. +1 (202) 458-1183 • Fax +1 (202) 522-0222

E-Mail: EDS05@worldbank.org

Internet: www.worldbankgroup.org/eds05